



Reicht die Wand auf der neuen Pfinztalbrücke, den Lärm von Nöttingen fernzuhalten? Gemeinde und Bürgerinitiative wollen mehr, doch das Bundesverkehrsministerium erklärte nun, das koste zu viel Geld. FOTO: KETTERL, ARCHIV

# Doch kein leiser Asphalt

- Der Bund lehnt einen besseren Lärmschutz für die A 8 in Remchingen ab.
- Die Gemeinde prüft jetzt die Chancen für einen gerichtlichen Einspruch.

**RALF STEINERT**  
ENZKREIS/REMCHINGEN

Das war eine bittere Nachricht für die Bürgerinitiative „Ruhe jetzt“ und die Gemeinde Remchingen, die sich seit einigen Monaten dafür stark gemacht haben, den Lärmschutz an der Autobahn in der Gemeinde zu verbessern: Das Bundesverkehrsministerium lehnt den Einbau eines speziellen Asphalts, der mehr Lärm schluckt, ab – obwohl zugleich eingeräumt wird, dass die früheren Schallberechnungen fehlerhaft waren. Der Bund hat dem Land als Bauherrn für den aktuellen Ausbau der A 8 zugestanden, bei den Wohngebäuden in Nöttingen und Darmsbach nachzubessern. Viele Häuser werden stärker als früher gedacht von Lärm belastet. Konkret: Der Einbau von Lärmschutzfenstern werde unterstützt.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum hatte

sich beim Verkehrsministerium dafür eingesetzt, die Autobahnstrecke durch die Remchinger Orte für ein Pilotverfahren zur Erprobung des neuartigen Fahrbahnbelags zu nutzen. Er habe nun erfahren, dass „die Strecke aus technischen Gründen dafür nicht geeignet“ sei, so Krichbaum.

Aus der Stellungnahme des Bundesverkehrsministeriums zu seinem Vorschlag werde deutlich, dass „der nachträgliche Einbau eines lärmindernden Splittmastixasphalts aber auch aus rechtlichen und finanziellen Gründen nicht realisierbar ist“, so der CDU-Politiker aus Pforzheim.

Die neue Autobahn eigne sich nicht als Teststrecke, argumentiert der Bund. Messungen über die Wirkung des speziellen Belags seien nur sinnvoll, wenn es im Umfeld keine Schutzwände gebe. Solche Einrichtungen seien beim laufenden Ausbau aber bereits vorgesehen. Dieser Asphalt würde außerdem für Nöttingen keine deutliche Verbesserungen bringen, so das Bundesministerium.

Für den Einbau eines besseren Straßenbelags habe das Land rund 600 000 Euro veranschlagt, die zusätzlich finanziert werden müssten. Das wären erhebliche Mehrkosten, die bisher im Haushalt nicht eingeplant worden sind. Es sei außerdem zu befürchten, dass dadurch der Zeitplan durch-

einander komme – aus der Sicht des Bundes schlagen dann weitere Kosten zu Buche.

Die ablehnende Haltung des Bundes stütze sich schließlich auch auf die Tatsache, dass das Planfeststellungsverfahren im Jahr 2006 abgeschlossen wurde und Kritik am Lärmschutz vorher hätte vorgebracht werden müssen, gibt Krichbaum die Meinung des Bundes wieder.

„Dies alles hinterlässt natürlich einen schalen Beigeschmack“, so Krichbaum. „Ich hätte mir gewünscht, dass sich das Regierungspräsidium früher und nachdrücklicher für einen aktiven Lärmschutz eingesetzt hätte.“ Schließlich hätten die Planer des Landes handfeste Fehler gemacht. Daher stehe das Regierungspräsidium „in einer klaren Verantwortung gegenüber den Bürgern“, sagt Krichbaum.

Die Gemeinde Remchingen setzt nun ihre ganze Hoffnung auf ein unabhängiges Gutachten zur Schallausbreitung. Es sei rätselhaft, wie das Land ohne fehlerfreie Untersuchungen über Zuschüsse für Lärmschutzeinrichtungen entscheiden könne. Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon und die Ratsfraktionen wollen prüfen, wie gut die Chancen für juristische Schritte sind.